

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

(54. - öffentliche - Sitzung am 30. September 2021)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 16** - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - und den ihn betreffenden Teil des **Einzelplans 02** - Staatskanzlei - (Kapitel 0202, TGr. 74 - Internationale Beziehungen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit) unter Einbeziehung der Mipla 2021 - 2025. Er nahm die Einbringung durch die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung sowie durch eine Vertreterin der Staatskanzlei entgegen und führte die allgemeine Aussprache sowie die Einzelberatung abschließend durch.

Im Rahmen der Aussprache bat der Ausschuss die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen über das Thema „Versorgungszentren“ unterrichtet zu werden.

2. EU-Angelegenheiten

Hierzu ergaben sich keine Unterrichtungswünsche.

3. Berichte über Frühwarndokumente

Der Ausschuss nahm schriftliche Kurzunterrichtungen zu folgenden Bundestagsdrucksachen entgegen:

- BR-Drs. 702/21 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Klima-Sozialfonds; COM (2021) 568 final
- BR-Drs. 706/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz (Neufassung); COM (2021) 558 final
- BR-DRs. 707/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union, und des Beschlusses (EU) 2015/1814 über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und der Verordnung (EU) 2015/757; COM (2021) 551 final (zum EU-Emissionshandels-system [EU-ETS])
- BR-Drs. 710/21 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/842 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris; COM (2021) 555 final (zur Lastenteilungs-Verordnung)
- BR-Drs. 712/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen

Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates; COM (2021) 557 final

- BR-Drs. 713/21 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/841 hinsichtlich des Geltungsbereichs, der Vereinfachung der Compliance-Vorschriften, der Festlegung der Zielwerte der Mitgliedstaaten für 2030 und der Verpflichtung, bis 2035 gemeinsam Klimaneutralität im Sektor Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft zu erreichen, und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999 hinsichtlich der Verbesserung der Überwachung, der Berichterstattung, der Verfolgung der Fortschritte und der Überprüfung; COM(2021) 554 final/2 (zur LULUCF-Verordnung [land-use, land-use change and forestry])
- BR-Drs. 714/21 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems; COM (2021) 564 final (zur CO₂-Grenzausgleichsabgabe [CBAM])

Der Ausschuss bat die Landesregierung, zu diesen Dokumenten, die unter dem politischen Schlagwort „Fit für 55“ subsumiert werden, in einer der nächsten Sitzungen näher unterrichtet zu werden.

4. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss setzte die Vorbereitung des Austauschs mit Vertreterinnen und Vertretern der niederländischen Nordprovinzen am 28. Oktober 2021 fort und bat die Fraktionen, Themenvorschläge für den nächsten - für das Frühjahr 2022 vorgesehenen - Austausch zu unterbreiten.